

Der Grünspecht

Informationsblatt der Limburger Grünen

August 2020



Schattenplatz



An heißen Tagen ist ein schattiger Platz von Vorteil

Im Gegensatz zu Steingärten liefern Bäume und Sträucher angenehme Kühle

Geplante Bebauung von 25 ha Ackerland in Blumenrod

von Barbara Sylla-Belok

Es ist schon lange geplant, dass auf den letzten Äckern der ehemaligen Domäne Blumenrod das 25 ha große Baugebiet Blumenrod V und VI entstehen soll. Für die Grünen Limburg gibt es noch viele offene Fragen dazu und wesentliche Kritikpunkte gegen das überdimensionierte Bauvorhaben.

Massive Verkehrsprobleme

Das geplante Baugebiet ist von der bereits bestehenden Bebauung Blumenrod III und IV aus nur über zwei bereits bestehende Straßen erreichbar: über den Gutenbergring und über die Straße «Breites Driesch».

- Es wäre daher eine sehr große Belastung für die bestehenden Wohngebiete, wenn der gesamte Bauverkehr über die beiden bestehenden Straßen abgewickelt würde. Die Anwohner lehnen das ab!
- Baustraßen über das Feld müssten aufwendig mit sehr viel Bodenverbrauch angelegt werden: entweder von der Holzheimer Straße aus (auf Rheinland-Pfälzer Gebiet) am Rand des Wohngebietes entlang oder von der Zeppelinstraße aus übers Feld. Beide Zufahrtsmöglichkeiten wären Teilstücke der Variante 1 der Südumgehung.

Was plant die Stadt? Schon für die Bauzeit, aber erst recht nach der Bebauung, wird die immens zunehmende Verkehrsbelastung ein großes Problem darstellen. Schon jetzt sind die großen Straßen im Bereich von Blumenrod sehr belastet, z.T. sogar überlastet: Zeppelinstraße, Wiesbadener Straße, Holzheimer Straße, Frankfurter Straße, Mainzer Straße, die B 417 – oft geht da nichts mehr!

- Wie sollen die Verkehrsprobleme gelöst werden?
- Wird durch die Bebauung nicht massiver Druck auf die Südumgehung als Verkehrslösung kommen? Und ist das vielleicht sogar gewollt und geplant?

Aus Sicht der GRÜNEN spricht die zu erwartende Verkehrsproblematik gegen die Bebauung von 25 ha im Limburger Süden!

Zerstörung einer Kulturlandschaft

Die Bebauung von 25 ha Land für Blumenrod V und VI inklusive der notwendig werdenden Straßenbauten werden einen massiven Eingriff in eine schöne zusammenhängende Landschaft darstellen! Es handelt sich hier um eine Jahrhunderte alte Kulturlandschaft mit wertvollem Ackerboden, der verlorengeht. Das Hofgut Blumenrod wurde 1365 erstmals urkundlich erwähnt. Neben dem Verlust von mehr als 25 ha Ackerland wird das angrenzende Vogelschutzgebiet durch die herannahende Bebauung und die Erholungssuchenden belastet und gestört!

Die GRÜNEN sind der Meinung:

- Ein so großangelegter Verbrauch von Ackerland, ein so weitgehender Eingriff in die Landschaft kann nur mit strengster Prüfung der Gründe erfolgen, am besten GAR NICHT! Zumindest eine Nummer kleiner!

Kritik an Blumenrod V und VI

- Die geplante Entwicklung von 25 ha Wohnbebauung an dieser Stelle wird die bereits bestehende Schiefelage in Limburgs Stadtentwicklung verstärken.
- Die Ortsteile Limburgs wachsen nur langsam, neu gebaut werden dort vor allem und teils fast ausschließlich Einfamilienhäuser, die Bauplätze werden bevorzugt an Eingesessene vergeben, die alte Dorfidentität wird gepflegt (siehe die eindrucksvolle 800-Jahr-Feier in Offheim oder die Gestaltung des Dietkircher Marktes).
- Demgegenüber hat die Bebauung von Blumenrod erst im April 1967 begonnen – gleich im großen Stil. Vier



Bauabschnitte sind bislang entwickelt worden. Etwa 4000 Einwohner/innen haben sich angesiedelt. Nun sollen nochmal 650 Wohneinheiten hinzukommen, also vielleicht 1500 bis 2000 Bewohner/innen. Dies ist ein sehr großer Zuwachs von in der Mehrzahl ortsfremden Neubürgern und für ein gelingendes Zusammenleben viel zu viel!

Stadtverordnete verraten ihre ursprüngliche Linie

Auffallend ist zudem, dass die Stadtverordneten die Schiefelage in der Stadtentwicklung explizit und gezielt befördert haben. Sie haben sinnvolle Vorgaben des Wohnraumkonzeptes (Vorlage 17/0278) vom 09.08.2020 nicht beschlossen und nicht umgesetzt. Das Wohnraumkonzept vom 09.08.2017 forderte ein:

«Beim Verkauf städtischer Grundstücke und bei der Schaffung von Baurecht im gesamten Stadtgebiet soll für Wohnungsbauvorhaben ab einer Größe von 3 Wohneinheiten ein verpflichtender Anteil von 30% preisgünstigem Mietwohnraum über städtebauliche Verträge nach § 11 Baugesetzbuch festgesetzt werden.»

Die Stadtverordneten berieten eineinhalb Jahre, bis sie am 18.02.2020 ein verändertes Wohnraumkonzept (Vorlage 19/032) beschlossen. Die obige Richtlinie (verpflichtender Anteil von 30% preisgünstigem Mietwohnraum für Wohnungsbauvorhaben – s.o.) sollte nur noch für das Baugebiet Blumenrod V und VI gültig sein, nicht für die Ortsteile, wo man Einfamilienhäuser für junge Familien vorsah. Dementsprechend hat man in den vergangenen Jahren in den Ortsteilen keinen Geschosswohnungsbau und preisgünstigen Mietwohnraum zugelassen. Erst jetzt wird dies in kleinem Umfang für den Ortsteil Linter und wahrscheinlich auch für Offheim geplant.

Diese Fehlentwicklung kann nicht mit einer weiteren Fehlentwicklung, nämlich mit einer überdimensionierten Wohnbebauung in Blumenrod, «korrigiert» werden!!!

Wohnraumbedarf

Es ist genau zu prüfen und aufzulisten, wie viel Wohnraum in den letzten vier Jahren in Limburg fertiggestellt worden ist. Denn es wurde sehr viel gebaut, und so darf man davon ausgehen, dass ein gewisser Bedarf an Wohnraum gedeckt ist.

- Wie viele Wohnungen welcher Größe und wie viele Einfamilienhäuser sind in den letzten vier Jahren bezugsfertig geworden? Und wie viele sind derzeit in Planung bzw. im Entstehen?
- Wie viel davon ist sozialverträglicher Mietwohnungsbau?
- In diesem Zusammenhang muss auch ermittelt werden, wie viel Wohnraum-Leerstand es in Limburg gibt, der sinnvoll genutzt werden könnte.
- Sehr viele große Einfamilienhäuser in Limburg werden derzeit von älteren, oft alleinstehenden Menschen bewohnt und werden dem Wohnungsmarkt Schritt für Schritt zur Verfügung stehen.
- Wichtig ist auch, dass die Stadt ein Konzept vorlegt, wie sozialverträglicher Wohnraum «vermarktet» werden soll. Hierzu gibt es bislang keine tragfähigen Informationen.
- Es gibt auch keine Angaben darüber, in welchem Umfang im neuen Baugebiet in Blumenrod sozialverträglicher Wohnungsbau erfolgen soll. Es wäre unverantwortlich, Blumenrod großflächig weiter zu besiedeln, ohne diese Fragen zu klären.
- Das Wohnraumkonzept bestätigt für Limburg grundsätzlich einen normal funktionierenden Wohnungsmarkt (S. 15) und weist darauf hin, dass es lediglich Engpässe in verschiedenen Segmenten gibt, nämlich bei kleinen Wohnungen für Ältere und für alleinstehende Transferleistungs-Empfänger/innen und bei größeren preiswerten Wohnungen.
- Das Wohnraumkonzept weist auch darauf hin, dass viel Nachfrage nach Wohnraum aus dem Umland bis hin ins Rhein-Main-Gebiet kommt.
- Es bleibt die Frage: Bis zu welchem Maße muss die Stadt Limburg der Wohnraumnachfrage aus der Region nachkommen? Muss sich die Stadt und die in ihrer Verantwortung Tragenden nicht zuallererst fragen, in welcher Größenordnung ein Bevölkerungswachstum zu verkraften ist? Und inwieweit die Infrastruktur der Stadt dafür ausgelegt ist? Das großangelegte Wachstum von Blumenrod ist auf jeden Fall kritisch zu hinterfragen.



Ortstermin Blumenrod

Der Ortsverband der GRÜNEN Limburg hatte für Mittwoch, 15. Juli 2020, zu einem Ortstermin in Blumenrod eingeladen: An Ort und Stelle, d.h. dort, wo das neue Baugebiet Blumenrod V und VI entstehen soll, wollte man sich die räumlichen Dimensionen dieses Großprojekts vor Augen führen und mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern offene Fragen und Probleme ansprechen.

Es fand sich eine Gruppe von etwa 20 Interessierten zusammen, darunter auch zwei Bewohner aus Blumenrod, die jeweils einen Brief an den Bürgermeister, den Magistrat und die Stadtverordneten mit Fragen sowohl zur Verkehrsführung während der Bauzeit als auch zum Umgang mit der zu erwartenden Verkehrsbelastung durch das neue Baugebiet geschrieben hatten. Sie erhielten bislang keine tragfähige Auskunft.



Die Gruppe diskutiert Fragen zur weiteren Bebauung in Blumenrod.



Barbara Sylla-Belok und Dr. Sebastian Schaub begrüßen die TeilnehmerInnen.



Hier soll gebaut werden.

Politik in Coronazeiten

von Dr. Sebastian Schaub

Dass die Stadtpolitik ebenso wie alle anderen Bereiche unseres Lebens in den letzten Monaten unter dem Vorzeichen der Coronakrise stand, ist klar.

Seit März 2020 hat die Stadtverordnetenversammlung nur zweimal getagt, und dies auch nur in stark reduzierter Form, nämlich in Ausschussstärke.

Was heißt das genau? Anstatt der üblichen 45 gewählten Stadtverordneten hat jede Fraktion nur so viele Mitglieder entsandt wie ihr normalerweise in den Ausschüssen zustehen würden. Also 6 CDU, 4 SPD, 1 FDP, 1 Grüne und 1 SÖFL. Insgesamt 13 Personen, plus Herrn Ehtemai. Durch diese Verringerung der Teilnehmer und die Einhaltung der einschlägigen Abstandsregelungen hat man versucht, das Infektionsrisiko für alle Beteiligten zu reduzieren.

Auch die Anzahl der Ausschüsse wurde drastisch reduziert. In der ersten Sitzungsrunde im Mai fanden gar keine statt. Stattdessen gab es eine Online-Informationsveranstaltung, die auch öffentlich über YouTube einsehbar war. In dieser Videokonferenz konnte man Fragen zu den einzelnen Vorlagen an die Verwaltung stellen. In diesem Kontext war eine ernsthafte Diskussion zum einen wegen der Fülle an Tagesordnungspunkten und zum anderen wegen des Mediums nur schwer möglich.

In der zweiten Runde im Juni hat dann ein Ausschuss, nämlich der Haupt- und Finanzausschuss getagt. Für beide Veranstaltungen / Ausschusssitzungen muss man festhalten, dass aufgrund der Fülle der Themen eine fachliche Behandlung der einzelnen Vorlagen nicht ernsthaft geschehen konnte.

Wir Grüne haben dieses Vorgehen mehrfach im Ältestenrat und auch während der jeweiligen Sitzungen kritisiert. Aber leider gab und gibt es bei den beiden großen Fraktionen CDU und SPD bis heute kein Einlenken. Daher müssen wir damit rechnen, dass auch die nächsten Sitzungen in reduzierter Form stattfinden werden.

Selbstverständlich ist es wichtig, dass wir wegen Corona alles tun müssen, eine Verbreitung des Virus zu verhindern. Ebenso selbstverständlich muss auch die Stadtpolitik dem Rechnung tragen.

Aber dann kann es nicht sein, dass in dieser Situation eine ganze Reihe von für die Stadt sehr wichtigen und

diskussionswürdigen Entscheidungen praktisch ohne öffentliche Diskussion im Eilverfahren durchgewunken werden. Verkauf des alten „Neuen Rathauses“, den Umgang mit den Platanen auf dem Neumarkt, coronabedingte Einsparungen, historisch große Bebauungspläne für Blumenrod, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Die meisten dieser Punkte, bis auf die Einsparungen, sind nicht wirklich dringend. Man könnte diese Punkte leicht auf einen Zeitpunkt verschieben, in dem eine angemessene öffentliche Auseinandersetzung wieder möglich ist. Die Vertreter der Mehrheit und der Verwaltung sehen dies aber leider anders und bestehen auf zeitnaher Abstimmung.

Es entsteht aktuell der Eindruck, dass unsere ohnehin nicht sehr angesehene große Koalition im Stillen letzte Pflöcke einzuschlagen versucht, möglichst ohne öffentliche Diskussion, um die Protagonisten dieser GroKo vor weiteren Schäden zu bewahren. So einfach werden die Grünen es CDU und SPD aber nicht machen. Denn es steht ein Wahlkampf bevor, bei dem sowohl der Bürgermeister als auch die CDU weitgehend mit leeren Händen und vielen ungelösten Hausaufgaben dastehen. Und das werden wir deutlich machen!



Unsere Anträge

von Birgit Geis

Trotz der Einschränkungen durch die Corona-Krise und unter schwierigen Bedingungen hörte die Fraktion Bündnis90 / Die GRÜNEN nicht auf, zu wichtigen Themen im Stadtparlament Anträge zu stellen.

Nachfolgend eine Aufstellung der Anträge, die im Stadtparlament Limburg von Januar 2020 bis jetzt gestellt wurden:

1. Prüfantrag Sanierung des Fußgängerwegs entlang des Philippsdamms am Lahnufer
2. Restaurierung "Alte Lahnbrücke" - historische Renovierung, Einbahnverkehr, kein Anbau einer Fahrradbrücke, Pflastersteinverlegung
3. Künftige Nutzung Römer 2-4-6 als bezahlbare Mietwohnungen
4. Coronagerechte Verkehrsregelung für Fußgänger auf der alten Lahnbrücke
5. Zuschnitt der Platanen auf dem Neumarkt nur alle 3-4 Jahre
6. Prüfantrag Einrichtung einer Teststrecke für selbstfahrende Bussysteme
7. Annahme des Bürgerbegehrens für den Erhalt der Platanen auf dem Neumarkt

Der Antrag auf Annahme des Bürgerbegehrens hat sich **vorerst** erledigt. Hier hat die CDU einen Rückzieher gemacht. Aber wir dürfen uns nicht in Sicherheit wiegen.

Ansonsten gibt es zurzeit eine weitgehende Übereinstimmung des Abstimmungsverhaltens von CDU und SPD im Stadtparlament von Limburg. Diese „Koalition“ verhindert, dass Grüne Politik in Limburg zum Tragen kommt. Sie verhindert dadurch nachhaltige und verantwortungsvolle Politik. So wurde z. B. der Antrag auf coronagerechte Verkehrsregelung auf der alten Lahnbrücke und der Antrag auf Zuschnitt der Platanen nur alle 3-4 Jahre abgelehnt. Unser Antrag auf Prüfung zur Einrichtung einer Teststrecke für selbstfahrende Bussysteme wurde soweit verändert, dass wir nicht mehr zustimmen konnten.

Dies zeigt, wie wichtig es ist, dass wir alles tun müssen, um in der nächsten Legislaturperiode mehr Sitze zu erreichen und in der Öffentlichkeit unsere Forderungen und Vorstellungen präsent zu machen.



Kreissparkasse lässt Limburg im Stich

von Andreas Pötz

Die Kreissparkasse Limburg schränkt ihren Service derzeit massiv ein. In verschiedenen Orten werden die Öffnungszeiten von Zweigstellen reduziert, oder in anderen Orten wie in Erbach im Taunus werden Zweigstellen ganz geschlossen.

Besonders betroffen ist auch die Kreisstadt Limburg. Hier wurden im Bereich der Kernstadt zwei von vier Zweigstellen dauerhaft geschlossen, und zwar die Geschäftsstelle in der Westerwaldstraße und die Geschäftsstelle am Neumarkt, die zentrale Anlaufstelle für die Innenstadt.

Von Seiten der Limburger Kommunalpolitik gab es bisher an diesen Schließungen keine Kritik. Nur wir GRÜNE haben uns gerührt und im Limburger Stadtparlament eine Anfrage gestellt, die aber wegen



der Sommerpause erst im September vom Bürgermeister beantwortet werden soll.

Dabei haben wir folgende Fragen gestellt:

1. Was wird der Magistrat unternehmen, um die Kreissparkasse Limburg zu bewegen, die dauerhafte Schließung dieser Geschäftsstellen zurückzunehmen?
2. Was wird der Magistrat weiterhin in dem Falle unternehmen, dass die KSK Limburg ihre Entscheidung nicht revidiert, um wenigstens zu erreichen, dass die Kreissparkasse im Bereich von Innenstadt und Altstadt Selbstbedienungsautomaten aufstellt?

Die Limburger GRÜNEN sehen die Kreissparkasse hier in der Verantwortung, zumal die Sparkassen gemäß Sparkassengesetz einen öffentlichen Auftrag erfüllen und dem Gemeinnutz verpflichtet sind. Wir hoffen, dass genug politischer Druck entsteht, damit zumindest ein Teil der negativen Entscheidungen wieder aufgehoben werden kann. Wenn die Sparkasse in Zeiten der Niedrigzinsphase wirklich sparen muss, kann sie ja bei der Chefetage beginnen.

Wohnungsbaupolitik

von Alfred Wirth

Die Menschen wandern vermehrt aus dem ländlichen Gebieten in die Städte. So auch in Limburg. Der Bedarf an kleineren, bezahlbaren Wohnungen für Singles, Alleinerziehende, junge Paare und an seniorengerechten Wohnungen steigt. Das Wohnraumkonzept des Kreises Limburg-Weilburg weist aus, dass bis 2030 in Limburg 280 Sozialwohnungen benötigt werden.

Um diesen Bedarf zeitnah decken zu können, haben wir als Grüne im Stadtparlament beantragt, dass bei Ausweisung neuer Baugebiete nicht nur Eigenheime geplant werden, sondern eine Durchmischung mit Mehrfamilienhäusern erfolgt.

CDU und SPD setzen auf das falsche Pferd, wenn sie, wie in Eschhofen und Offheim auf große Grundstücke für Einfamilienhäuser setzen, welche sich lediglich

Menschen mit hohem Einkommen leisten können. Beide großen Parteien verträsten darauf, alle wohnungspolitischen Probleme durch neue, überdimensionierte Baugebiete in Blumenrod (Blumenrod V und VI) zu lösen.

Wir setzen auf eine Mischung von Siedlungshäusern, Einfamilienhäusern und bezahlbarem Wohnraum mit verdichteter Bebauung, auch in den Stadtteilen - heute und jetzt.

Seit Jahren wird von uns Grünen ein Leerstandskataster für Wohnraum gefordert. Leerstände sollen als Wohnraum zur Verfügung gestellt werden. Besonders in der Altstadt und der Grabenstraße stehen die oberen Etagen bisweilen leer. Es befinden sich lediglich Ladenzeilen in den unteren Etagen.

Die Wiederbelebung des Ortskerns Dietkirchen ist ein gutes Beispiel, der Abwanderung aus der Ortsmitte entgegenzuwirken. Durch die Programme "Dorferneuerung" und "Ortsmitte neu erleben" wurden Anreize geschaffen, um Leerstände zu vermeiden. Dies funktioniert gut, wenn gleichzeitig keine großen Baugebiete in den Ortsteilen ausgewiesen werden.

Ein positiver Nebeneffekt ist auch, dass keine weiteren Ackerflächen vernichtet werden.

Industrie- und Gewerbeansiedlungen in Limburg:

Es erscheint uns Grünen richtig, Industrie aus der Innenstadtlage an die Peripherie auszusiedeln. So geschehen mit

der Blechwarenfabrik. Eine Abwanderung aus Limburg konnte damit verhindert werden, die Arbeitsplätze blieben erhalten. Das alte Gelände ist prädestiniert für eine innerstädtische Wohnbebauung.

Weitere Ansiedlungen sollten mit Augenmaß geschehen. Das geplante Gewerbegebiet in Offheim lehnen wir ab, zudem es noch Flächen im ICE-Gebiet gibt.

Weitere Ausweitungen in den schon jetzt flächenmäßig im Verhältnis zur Gemeindefläche am meisten belasteten Ortsteilen Offheim und Dietkirchen lehnen wir ab.

Um weiteren Versiegelungen und dem Verlust von Agrarflächen entgegenzuwirken, muss das Ziel sein, Industriebrachen wieder zu beleben.



Redaktion: Dr. Sebastian Schaub, Josef Erbach, Andreas Pötz

Satz und Layout: Josef Erbach
Text gesetzt in Scribus unter Ubuntu

v.i.s.d.P.: Fraktion Bündnis90 / Die Grünen
Dr. Sebastian Schaub
Josef-Ludwig-Str. 18, 65549 Limburg
Fon: 06431-23621
Email: sebastian.schaub@gruene-limburg-weilburg.de

